

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Positionspapier zur Bundestagswahl 2021

Als Diözesankomitee im Erzbistum Paderborn rufen wir alle wahlberechtigten Bürger*innen auf, ihre demokratischen Beteiligungsrechte wahrzunehmen.

Gehen Sie bei der Bundestagswahl am 26. September wählen.

Sorgen Sie dafür, dass im Bundestag keine Abgeordneten und Parteien vertreten sind, die mit Populismus, Lügen und Rassismus unsere Gesellschaft zu spalten versuchen und die die Ausgrenzung von Minderheiten propagieren.

Wie Luft zum Atmen braucht unsere Gesellschaft Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit und ein Bewusstsein für die Bewahrung der Schöpfung. Mit dieser Erklärung

- wollen wir aufzeigen, welche Handlungsbedarfe aus unserer Sicht in den nächsten Jahren für Politik und Gesellschaft auf fünf zentralen Feldern bestehen,
- wollen wir Denkanstöße und eine Entscheidungshilfe für die Wähler*innen geben,
- richten wir uns an die für den Bundestag kandidierenden Personen und Parteien.

Im Hinblick auf die Legislaturperiode 2021–2025 sehen wir die Notwendigkeit, auf bundespolitischer Ebene durch Gesetzgebung und Regierungshandeln deutliche Fortschritte auf den folgenden Handlungsfeldern zu erzielen:

Konsequente Schritte zur Erreichung der international vereinbarten Klimaschutzziele und zur Förderung der Transformation der Wirtschaft in Richtung von Nachhaltigkeit

Wir spüren alle die Klimakrise. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz hat unmissverständlich in Erinnerung gerufen, dass eine ambitionierte Klimaschutzpolitik jetzt konkrete Umsetzungsziele und dazu konsequente und wirksame Maßnahmen beschließen muss. Die nächsten vier Jahre entscheiden.

Um das Paris-Ziel, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad und möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, müssen die nach 2030 noch erforderlichen Minderungen dringender und kurzfristiger erbracht werden. „Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten ist praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht sind“, erklärte das Bundesverfassungsgericht.

Jedes Zehntel Grad zählt, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dies ist gleichermaßen existentiell für kommende Generationen wie für Menschen in ärmeren Regionen heute. Zukunftsweisende Politik muss konsequent klimagerechtes Handeln und die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität fördern. Dies hilft uns in Deutschland und all denen weltweit, die heute schon unter der Klimakrise leiden.

Förderung des sozialen Zusammenhalts in einer vielfältigen Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt und Toleranz geprägt ist / Förderung der Integration der nach Deutschland kommenden Zuwander*innen / Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

Förderung des sozialen Zusammenhalts in einer vielfältigen Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt und Toleranz geprägt ist

Wir fordern eine aktive Sozial- und Gesellschaftspolitik, die der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirkt und das Gemeinwohl wieder in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Vor diesem Hintergrund braucht es eine deutliche Stärkung der Investitionen in soziale Infrastruktur und Teilhabe.

Steigende Bildungsungerechtigkeit, mehr Gewalt in Familien, Zunahme der psychischen Erkrankungen... Die Erfahrungen in der Corona-Krise haben eindrücklich gezeigt, welche große Systemrelevanz soziale Dienstleistungen für unsere Gesellschaft darstellen. Die notwendige und angemessene Reaktion kann folgerichtig nur in der Stärkung des sozialen Gleichgewichts liegen. Denn im Zuge der Krise ist sehr deutlich geworden, dass der Sozialstaat und damit auch die haupt- und ehrenamtlichen Strukturen unverzichtbare, stabile und verlässliche Stützen bilden, die unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft zusammenhalten. Diese Strukturen sind heute mehr denn je unerlässlich, auch um die Folgen der Krise zu lindern und den Weg aus ihr zu ebnen.

*Förderung der Integration der nach Deutschland kommenden Zuwander*innen*

Wir sehen, dass die Integration der nach Deutschland kommenden Zuwander*innen nach wie vor eine der Hauptaufgaben der gesamten Gesellschaft ist. Uns ist es ein zentrales Anliegen, dass das Recht auf ein individuelles Asylverfahren in jedem Fall erhalten bleiben muss. Nur durch ein faires, ergebnisoffenes Verfahren gelingt es, geflüchteten Menschen den notwendigen effektiven Schutz und dauerhafte Sicherheit zu garantieren. Dabei hat der Mensch als Individuum stets im Vordergrund zu stehen. Wir erwarten von der Bundespolitik, sich auf EU-Ebene eindeutig für den Schutz und die Rechte der geflüchteten Menschen einzusetzen.

Unter dem Leitwort „Flagge zeigen – für Fremdenfreundlichkeit und Vielfalt“ hat das Diözesankomitee bereits im Jahr 2016 dazu aufgerufen, eine klare Position zur Situation der als Flüchtlinge zu uns kommenden Menschen einzunehmen und ein Zeichen zu setzen für Fremdenfreundlichkeit sowie für eine Kultur der Gastfreundschaft, Integration und Vielfalt.

Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

Wir rufen auf, in politischen Debatten einzugreifen und zu widersprechen, wenn Menschen bedroht, ausgegrenzt und beleidigt werden, wenn unsere vielfältige

Gesellschaft und Freiheiten verhöhnt und attackiert werden. Die rassistische und antisemitische, aber auch die islamfeindliche Hetze, die rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen – deutlich erkennbar auch auf dem Gebiet unserer Erzdiözese – verbreiten, bildet den Nährboden für Gewalt und Terror.

Vor dem Hintergrund ähnlicher Entwicklungen in der jüngeren deutschen Geschichte beunruhigt und alarmiert uns seit geraumer Zeit der zu beobachtende Anstieg von Antisemitismus, Islam- und Fremdenfeindlichkeit und von Rassismus sowie die sinkende Hemmschwelle für rechtsextremen Hass und Gewalt zutiefst. Unsere Kultur und unsere rechtsstaatliche Demokratie sind stark, wenn wir sie entschieden vertreten und entschlossen verteidigen. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, den Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Gewalt gegen jedwede Religionsgemeinschaft und Rassismus ernst zu nehmen, bedrohten Menschen den notwendigen Schutz zu bieten und gleichzeitig in Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus zu investieren.

Entschiedene Schritte zur Eindämmung und Verringerung des anhaltend großen Bereichs prekärer Lebensbedingungen und der sozialen Ungleichheit, die sich durch die Corona-Krise zusätzlich verschärft hat / Aufbau einer solidarischen Gesellschaft / Faire Arbeitsbedingungen für alle

Wir sehen in Armut und prekären Lebenslagen, sowohl individuell als auch kollektiv, eine der größten Bürden für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wenn nennenswerte Teile der Gesellschaft das Gefühl haben, ihre Interessen würden nicht berücksichtigt und es gehe nicht gerecht zu, dann belastet das auch das politische Vertrauen. Chancengerechtigkeit herzustellen und Lebensperspektiven anzubieten, ist entscheidend. Hier muss besonderes Augenmerk auf Menschen in prekären ökonomischen Lebenslagen, aber vor allem auch Alleinlebende und Alleinerziehende, Menschen mit geringerer formaler Bildung, Menschen mit Migrationshintergrund und Personen, die im Alltag durch Krankheit oder Behinderung beeinträchtigt sind, gelegt werden. Die politisch Verantwortlichen müssen daher weitere Anstrengungen unternehmen und verfügbare Mittel gezielter einsetzen, um die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten der genannten Risikogruppen zu vergrößern und auskömmliche Löhne und Gehälter sicherzustellen.

Auch ein konsequentes Vorgehen gegen Kinderarmut ist erforderlich. 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche sind in Deutschland aktuell von Armut betroffen – das ist mehr als jedes 5. Kind. Das hat nicht nur kurz- sondern auch langfristig Folgen für die Bildungschancen von Kindern, für soziale Teilhabemöglichkeiten und für die Gesundheit. Armut vererbt sich. Einer der Gründe ist das komplizierte und stigmatisierende System der Kinder- und Familienförderung. Dass die Leistungen oft gar nicht in Anspruch genommen werden, wird dabei in Kauf genommen. Bestehende Leistungen sollten gebündelt und unbürokratisch ausgezahlt werden, beispielweise in einer Kindergrundsicherung.

Förderung der Herstellung weltweit gerechter Wirtschaftsstrukturen, insbesondere zu Gunsten der Ärmere / konsequentes Eintreten für den Schutz der Menschenrechte

Wir erleben alltäglich, dass die Corona-Pandemie die Risiken globaler Lieferketten aufdeckt. Existentiell hat sie gerade Menschen in Ländern des Globalen Südens getroffen. Die Beachtung von Menschenrechten muss in den globalen Lieferketten Vorrang bekommen vor rein wirtschaftlichen Gewinnmaximierungsinteressen. Das deutsche Lieferkettengesetz muss dem Rechnung tragen, indem Sorgfaltspflichten hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards durch die Unternehmen – auch solche der Finanzwirtschaft – entlang der gesamten Wertschöpfungskette nachgekommen wird. Das muss sich auch in einer zivilrechtlichen Haftung niederschlagen. Bundestag und Bundesregierung müssen entsprechende Bemühungen auf europäischer und internationaler Ebene in der kommenden Legislaturperiode forcieren.

Eine grundlegende Reform der EU-Handels- und Investitionspolitik, die den Schutz der Umwelt, Menschen- und Arbeitsrechte in den Mittelpunkt rückt, ist vonnöten. Investor-Staaten-Schiedsgerichten ist dabei eine klare Absage zu erteilen. Das hat Konsequenzen etwa für den Abschluss des Handelsabkommens mit dem Mercosur und die Ratifizierung des Handels- und Investitionsabkommens CETA mit Kanada.

Mit Blick auf die Corona-Krise hat sich die Verschuldungssituation jetzt schon armer Staaten weiter verschärft. Das trägt wiederum zu einer Verschlechterung der Gesundheitssysteme dieser Staaten bei. Aufgabe einer neuen Bundesregierung muss es daher sein, auf umfassende Schuldenerlasse hinzuwirken.

Wir sehen mit großer Sorge, dass die Impfstoffe zur Eindämmung von Covid 19 weltweit extrem ungleich verteilt sind. Schnelle und weitreichende Maßnahmen sind notwendig, um einen weltweit gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen zu ermöglichen. Wir erwarten von der Bundesregierung, bei der Frage der Impfstoffgerechtigkeit voranzugehen.

Eintreten für den Vorrang gewaltfreier Konfliktbearbeitung und die Eindämmung von Rüstungsexporten

In seiner Enzyklika Fratelli tutti stellt Papst Franziskus heraus, dass „der Krieg [...] die Negierung aller Rechte und ein dramatischer Angriff auf die Umwelt [ist]. Wenn man eine wirkliche ganzheitliche menschliche Entwicklung für alle anstrebt, muss man unermüdlich weiter der Aufgabe nachgehen, den Krieg zwischen den Nationen und den Völkern zu vermeiden.“ (Ziffer 257). Durch eine restriktive Rüstungsexportpolitik könnten die in Deutschland und in Europa politisch Verantwortlichen einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung kriegerischer Handlungen leisten. Die gegenwärtige Bundesregierung löste ihre diesbezüglichen Versprechungen jedoch in keinerlei Weise ein. Die Genehmigungswerte für Rüstungsexporte haben laut Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Kommission Kirche und Entwicklung (GKKE) im Jahr 2019 mit 8,02 Mrd. Euro einen neuen Höchststand erreicht. Problematisch ist dabei vor allem der seit Jahren anhaltende hohe Anteil von Rüstungsexporten in Drittstaaten; sie beliefen sich 2019 auf 3,53 Mrd. Euro, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um fast eine Mrd. Euro entspricht. Ein Großteil dieser Exporte geht in

Länder, welche die Menschenrechte in gravierender Weise verletzen, Partei in bewaffneten Konflikten sind oder sich auch unmittelbar an Kampfhandlungen beteiligen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, endlich den Weg zu einer glaubwürdigen, kohärenten restriktiven Rüstungsexportpolitik einzuschlagen. Hierzu ist die Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes notwendig. Dieses muss rechtsverbindliche und gerichtlich überprüfbare Kriterien enthalten, welche Waffen und Rüstungsgüter an welche Länder exportiert werden dürfen, und durch eine diesbezügliche Veröffentlichungspflicht für Transparenz sorgen. Das einzuführende Rüstungsexportkontrollgesetz muss bewirken, dass der Export von Kriegswaffen an Drittstaaten – anders als bislang – auf absolute Ausnahmefälle beschränkt und gegenüber dem Deutschen Bundestag begründungspflichtig wird, und dass Klein- und Leichtwaffen sowie Munition überhaupt nicht mehr aus Deutschland an Drittstaaten geliefert werden. Wir fordern die Parteien auf, entsprechende Vorschläge zu entwickeln.

Wir rufen alle Wahlberechtigten dazu auf, die genannten Handlungsbedarfe bei ihrer Wahlentscheidung am 26. September zu berücksichtigen und die Bundestagskandidat*innen ihres Wahlkreises nach Möglichkeit entsprechend zu befragen.

Beschlossen am 29.05.2021